

ARND KÜPPERS · FREIBURG

JENSEITS VON ANGEBOT UND NACHFRAGE

Die Enzyklika «Caritas in Veritate» und die Wirtschaftskrise

Am 7. Juli wurde die seit langem mit Spannung erwartete Sozialzyklika von Papst Benedikt XVI. der Weltöffentlichkeit vorgestellt. In Deutschland ist das Echo geteilt. Manche Kommentatoren beklagen, dass – wo offenbar vor allem eine detaillierte Ursachenanalyse im Hinblick auf die internationale Wirtschaftskrise und eine Erörterung politischer Lösungsvorschläge erwartet wurde – der Text unter der Leitfrage nach der ganzheitlichen Entwicklung aller Menschen und Völker immer wieder in sehr grundsätzliche philosophische und genuin theologische Erwägungen mündet, die um die Grundperspektive «Liebe in der Wahrheit» und deren Zusammenhang mit kulturellen Werten wie Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität und Gemeinwohl kreisen.

Matthias Drobinski bringt in seinem Kommentar für die *Süddeutsche Zeitung* die Kritik auf den Punkt, wenn er moniert: ««Caritas in Veritate» ist zunächst eine Kulturzyklika und erst dann eine Sozialzyklika»¹. Papst Benedikt geht allerdings davon aus, dass die in dieser Kritik vorausgesetzte Trennung zwischen einem kulturellen Diskurs und einem im engeren Sinne sozialetischen Diskurs, der nach den institutionellen und strukturellen Voraussetzungen sozialer Missstände und nach auf der gleichen Ebene liegenden Lösungsstrategien fragt, in die Irre führt. Eine reine «Institutionenethik» ist für ihn keine Option. Er beklagt vielmehr, dass man in der Vergangenheit in die «Institutionen ein übertriebenes Vertrauen gesetzt» habe, «so als könnten sie das ersehnte Ziel automatisch erlangen. In Wirklichkeit reichen die Institutionen alleine nicht aus, denn die ganzheitliche Entwicklung des Menschen ist vor allem Berufung und verlangt folglich eine freie und solidarische Übernahme von Verantwortung» (CiV 11).

I.

Für den Papst liegen auch im Wirtschaftsleben die entscheidenden Fragen dort, wo sie einst der berühmte Ökonom Wilhelm Röpke (1899–1966) verortete: *Jenseits von Angebot und Nachfrage*². Bereits 1955 schrieb Röpke, dass «die nüchterne Welt des reinen Geschäftslebens aus sittlichen Reserven schöpft, mit denen sie steht und

ARND KÜPPERS, Dr. theol., geb. 1973 in Mönchengladbach; Studium der Kath. Theologie, Philosophie, Rechtswissenschaften in Bielefeld, Bonn und Freiburg; 2007 Promotion mit der Studie «Gerechtigkeit in der modernen Arbeitsgesellschaft und Tarifautonomie»; seit 2003 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Habilitand am Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre in Freiburg i.Br.

fällt und die wichtiger sind als alle wirtschaftlichen Gesetze und nationalökonomischen Prinzipien. Markt, Wettbewerb und das Spiel von Angebot und Nachfrage erzeugen diese Reserven nicht, sondern verbrauchen sie und müssen sie von den Bereichen jenseits des Marktes beziehen»³. Knapp zehn Jahre später übertrug der Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde diese Überlegung auf den freiheitlichen, säkularisierten Staat, der von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht garantieren könne.⁴ Bekanntlich ist dieses Böckenförde-Diktum der Ausgangspunkt des Gespräches des damaligen Kardinals Joseph Ratzinger mit Jürgen Habermas in der Katholischen Akademie München im Januar 2004 gewesen.

Der Theologe und der Philosoph gingen an jenem Abend der Frage nach, wie unter der Voraussetzung der faktischen Pluralität weltanschaulicher Überzeugungen und kultureller Identitäten in der Welt von heute solche Voraussetzungen eines geistlichen Zusammenlebens der Menschheit theoretisch und praktisch rekonstruiert werden könnten. Ratzinger überraschte in seinem Vortrag manche Zuhörer mit der Bemerkung, er wolle sich in dem Gespräch mit Habermas nicht auf die für die katholische Soziallehre traditionelle naturrechtliche Argumentationsfigur stützen, da mit dem Sieg der Evolutionstheorie die Idee der Vernünftigkeit der Natur obsolet und damit «dieses Schwert [...] leider stumpf geworden»⁵ sei. Aber er wies zu Recht genauso darauf hin, dass die Klinge der postmetaphysischen Rationalität ebenfalls nicht mehr scharf genug ist, um allgemeinverbindliche Geltungsansprüche zu begründen: Auch die säkulare Rationalität und die Evidenz ihrer Begründungsfiguren sei «faktisch an bestimmte kulturelle Kontexte gebunden, und sie muss anerkennen, dass sie als solche nicht in der ganzen Menschheit nachvollziehbar und daher in ihr auch nicht im Ganzen operativ sein kann»⁶.

Der Bonner Dogmatiker Michael Schulz hat in einer eingehenden Exegese verschiedener Schriften des Papstes gezeigt, dass die mit diesen wenigen Zitaten angesprochene Frage nach Glaube und Vernunft unter den Bedingungen der Moderne bzw. Postmoderne ein «Dauerbrenner» in dessen Denken ist.⁷ Und die kritische Perspektive, die er in München eingenommen hat, ist dabei ein durchgehendes Merkmal seiner verschiedenen Wortmeldungen: «Nach zweieinhalbtausend Jahren philosophischen Denkens ist es uns gar nicht mehr möglich, einfach frisch-fröhlich von der Sache selbst zu reden, als ob nicht so viele andere vor uns das gleiche versucht hätten und daran gescheitert wären»⁸, schreibt Ratzinger 1968 in seiner *Einführung in das Christentum* mit Blick auf die philosophische Gotteslehre. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis ist es zu sehen, wenn er in München «von einer notwendigen Korrelationalität von Vernunft und Glaube» spricht, «die zu gegenseitiger Reinigung und Heilung berufen sind»⁹. Dieses zentrale Motiv begegnet wieder in der Antrittsenzyklika von Papst Benedikt (vgl. *Deus Caritas est* 28), und es ist auch in *Caritas in Veritate* aufgenommen: «Die Vernunft bedarf stets der Reinigung durch den Glauben, und dies gilt auch für die politische Vernunft, die sich nicht für allmächtig halten darf. Die Religion bedarf ihrerseits stets der Reinigung durch die Vernunft, um ihr echtes menschliches Antlitz zu zeigen» (CiV 56).

Es geht dem Papst dabei nicht lediglich darum, im Sinne von *checks and balances* Glaube und Vernunft durch wechselseitige «Überwachung» vor Abirrungen wie einem religiösen Fundamentalismus oder einem technizistischen Machbarkeitswahn zu bewahren. Sondern er ist zutiefst davon überzeugt, dass nur in einem Dialog

von Glaube und Vernunft jene Werte, jene vorpolitischen moralischen Grundlagen, derer ein menschendienlicher Staat und ein menschendienlicher Markt bedürfen, rekonstruiert werden können.

Als fundamentaler sozialetischer Wert gilt sowohl der kirchlichen Soziallehre als auch der säkularen Rationalität kantischer Prägung die Menschenwürde. Hans Joas hat jedoch zu Recht darauf hingewiesen, dass eine allgemeinverbindliche positive Begründung der Menschenwürde, die auf gemeinsame Merkmale aller Menschen rekurriert, heute prekär geworden ist.¹⁰ Zwar biete der christliche Seelenbegriff hier zweifelsohne einen Anknüpfungspunkt, dieser stoße jedoch in einer teilweise säkularisierten Gesellschaft nicht mehr auf allgemeine Akzeptanz. Eine rein philosophische Letztbegründung universaler Menschenwürde aber scheitere daran, dass sie notwendigerweise auf bestimmte menschliche Eigenschaften rekurriere, die – zumindest in einem empirischen Sinn – nicht bei allen individuellen Exemplaren der Gattung Mensch anzutreffen seien. Joas zweifelt freilich genauso wenig wie der Papst daran, dass die Menschenwürde ein universaler Wert ist, aber beide teilen die Skepsis hinsichtlich der Möglichkeit seiner rein philosophischen Rechtfertigung. Joas schlägt deshalb «die Verlagerung der Argumentation von rein rationaler (Letzt-) Begründung zu einer Verschränkung mit narrativer Reflexion auf die Entstehung auch dieses Werts»¹¹ vor. Dadurch würde das Programm verschoben weg von dem Unternehmen einer apriorischen Begründung der Werte hin zu dem Versuch, die Werte der eigenen Kultur und Tradition auf ihre Entstehungsbedingungen hin zu befragen und im interkulturellen Diskurs mit sehr wohl rationalen Argumenten für sie zu werben. Vom Grundsatz her liegt dieser Vorschlag auf einer Linie mit der Vorstellung eines interkulturellen Dialogs, für den Ratzinger in München geworben hat und in dem Christinnen und Christen die im Glauben erkannten Wahrheiten einbringen sollen.¹²

Ratzinger gibt in seiner *Einführung* eine genuin theologische Begründung der Menschenwürde, welche die biblische Rede von der Erschaffung des Menschen als Ebenbild Gottes entfaltet. Am Anfang der Welt steht jüdisch-christlich «nicht irgendein Bewußtsein, sondern eine schöpferische Freiheit, die wiederum Freiheiten schafft»¹³. Was die Welt bewegt, ist damit nicht ein selbst unbewegtes philosophisches Abstraktum, sondern Liebe. Und die von der schöpferischen Liebe hervorgebrachte Welt «ist als Raum der Liebe Spielraum der Freiheiten»¹⁴. Damit bekommt – entgegengesetzt zum Denken der griechischen Antike – das Besondere den Vorrang vor dem Allgemeinen. Der Mensch wird vom bloßen Individuum zur Person, die in freier Entscheidung auf das vorausgegangene, in Jesus Christus unüberbietbar gipfelnde Heilshandeln Gottes antworten kann, indem sie die «Liebe in der Wahrheit» in ihrem eigenen Leben ergreift und verwirklicht.

Indem der Papst diese Einsicht des Glaubens zum Ausgangspunkt seiner Sozialenzyklika macht, bekräftigt er nachdrücklich, dass «die Soziallehre der katholischen Kirche ein integrierender Bestandteil der christlichen Lehre vom Menschen ist» (MM 222), was bereits in *Mater et Magistra* (1961) steht und auch von den Päpsten Paul VI. und Johannes Paul II. immer wieder betont wurde, aber in einem lehramtlichen Dokument noch nie so entfaltet und ausbuchstabiert worden ist wie eben jetzt in *Caritas in Veritate*. Insofern stellt das Dokument eine wirkliche Fortschreibung der kirchlichen Soziallehre dar.

Natürlich ist eine Enzyklika als päpstliches Lehrschreiben kein bloßer Diskussionsbeitrag. Insofern *Caritas in Veritate* aber als Sozialenzyklika nicht nur an die Glieder der Kirche, sondern «an alle Menschen guten Willens» gerichtet ist, muss sie auch als Wortmeldung des Papstes in dem globalen, interkulturellen Gespräch über die derzeitigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen verstanden und interpretiert werden. Dass er dabei die theologischen, genuin christlichen Grundlagen seiner Ausführungen offenlegt, kann vor dem Hintergrund der epistemologischen Infragestellung philosophischer, auch naturrechtlicher Letztbegründungen als Unternehmen begriffen werden, zentrale christlich-abendländische Werte aus ihrem kulturellen Entstehungskontext heraus zu plausibilisieren und damit neu ins Gespräch zu bringen. Schon in seinem Münchener Vortrag hat der Papst die Hoffnung geäußert, dass die christliche Rede von «der Schöpfung und dem Schöpfer» im Dialog mit anderen Kulturen helfen könnte, die Frage wieder zu erneuern, ob es nicht doch «eine Vernunft der Natur und so ein Vernunftrecht für den Menschen und sein Stehen in der Welt geben könne»¹⁵.

II.

Infolge seiner Skepsis gegenüber einem rein institutionenethischen Ansatz wendet sich der Papst in seiner Enzyklika immer wieder an die verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Akteure. Im Zusammenhang mit der aktuellen Wirtschaftskrise spricht er die Rolle der Unternehmer, Manager und Investoren an und fordert, dass sich «das Verständnis des Unternehmens tiefgreifend verändern muss» (CiV 40). Mit dem erweiterten Handlungsspielraum insbesondere der international agierenden großen Kapitalgesellschaften müsse eine gesteigerte soziale Verantwortung einhergehen. Im Bewusstsein, dass die derzeitige Weltwirtschaftskrise auf dramatische Fehlentwicklungen im Finanzmarkt zurückzuführen ist, werden explizit die Finanzmakler angesprochen. Diese müssten «die eigentlich ethische Grundlage ihrer Tätigkeit wieder entdecken» (CiV 65).

Diese zunächst einmal auf die handelnden Subjekte gerichtete moralische Perspektive ist in der gegenwärtigen Krise angemessen. Denn am Anfang der verhängnisvollen Entwicklung standen in der Tat jene Banken in den USA, die ihre auf schwachen Füßen stehenden Hypothekenforderungen gegenüber Kunden mit geringer Bonität – die berüchtigten *Subprime Mortgages* – verbrieften und verkauften, um die selbst geschaffenen Gefahren auf andere abzuwälzen. Diese Hypothekenbanken wussten sehr wohl um die spezifischen Risiken jener *Mortgage Backed Securities* (MBS). Und auch deren Käufer, andere international tätige Banken, handelten keineswegs in gutem Glauben, als sie sich bemühten, die MBS ihrerseits schnell wieder loszuwerden. Das geschah durch eine neuerliche Verbriefung, bei der gute und schlechte MBS-Papiere und auch andere Formen von Forderungen und Ansprüchen miteinander vermischt wurden. Das so entstandene Portfolio wurde schließlich «strukturiert», also in verschiedene Tranchen aufgeteilt, für die dann besicherte Schuldverschreibungen (*Collateralized Debt Obligations*, CDOs) ausgegeben wurden, die von den Rating-Agenturen zum Teil Bestbewertungen erhielten – von denselben Rating-Agenturen, die den Banken gegen hohe Gebühren bei der Strukturierung der Papiere geholfen hatten.

Der Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung Hans-Werner Sinn spricht von einer wahren «Verbriefungskaskade», bei der manche Papiere, die schließlich beim mehr oder weniger unbedarften Anleger landeten, 24 Verbriefungsstufen hinter sich hatten.¹⁶ Die Tatsache, dass durch diese vielen Verbriefungen die den CDO-Papieren zugrunde liegenden Ansprüche letztlich nicht mehr nachvollziehbar waren, hinderte auch deutsche Landes- und Privatbanken nicht daran, mehr als 300 Milliarden Euro in solche problematischen CDOs und andere nunmehr als toxisch einzustufende Papiere zu investieren, was ziemlich genau dem in den Jahresbilanzen 2007 ausgewiesenen Eigenkapital von 306 Milliarden Euro entspricht.¹⁷

Auch wenn nicht zu erwarten ist, dass alle faulen Papiere vollständig abgeschrieben werden müssen, ist es angesichts solcher Dimensionen nicht verwunderlich, dass die Banken sich gegenseitig mit Misstrauen begegnen, seitdem die Immobilienblase in den USA geplatzt ist und diese MBS bzw. CDOs drastisch herabgestuft wurden. Seit Sommer 2007 ist deshalb der für die Funktion des Finanzsystems lebenswichtige Interbankenhandel nur durch immer neue massive Interventionen der Zentralbanken aufrechtzuerhalten. Und nachdem die US-amerikanische Regierung im September 2008 entschieden hatte, die Investmentbank *Lehman Brothers* nicht vor dem Zusammenbruch zu bewahren, wurde aus Misstrauen Panik. Auch an den Börsen setzte nun eine Massenflucht ein. Der «Schwarze Freitag» der neuen Weltwirtschaftskrise war der 10. Oktober 2008, der die Börsenwoche mit einem weltweiten Kurseinbruch von 18,2 Prozent beendete. Hans-Werner Sinn ist der Überzeugung, dass es am darauf folgenden Montag zur «Kernschmelze des Weltfinanzsystems» gekommen wäre, wenn nicht bereits am Samstag die G-7-Finanzminister in Washington und am Sonntag die EU-Regierungen in Paris massive Stützungsmaßnahmen vereinbart hätten.¹⁸

In *Caritas in Veritate* betont Papst Benedikt eindringlich, wie wichtig Vertrauen in einer Marktwirtschaft ist. Er beschreibt den Markt als «die wirtschaftliche Institution, die die Begegnung zwischen den Menschen ermöglicht, welche als Wirtschaftstreibende ihre Beziehungen durch einen Vertrag regeln und die gegeneinander aufrechenbaren Güter und Dienstleistungen austauschen, um ihre Bedürfnisse und Wünsche zu befriedigen». Aber er hebt hervor, dass der Markt diese Funktion eben nur erfüllen kann, wenn unter den Marktakteuren «gegenseitiges und allgemeines Vertrauen herrscht». Mit Bedauern und Sorge stellt er jedoch fest: «Heute ist dieses Vertrauen verlorengegangen, und der Vertrauensverlust ist ein großer Verlust» (CiV 35).

Gerade eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist auf die Ressource Vertrauen angewiesen. Denn, so der bekannte Wirtschaftsredakteur Gerhard Schwarz, Freiheit und Vertrauen sind «zwei Seiten einer Medaille»¹⁹. Wo Macht und Zwang herrschen wie einst im «real existierenden» Sozialismus, bedarf es keines Vertrauens, ist Vertrauen gar systemwidrig. Eine freie Gesellschaft jedoch braucht das – freilich nicht blinde – wechselseitige Vertrauen ihrer Mitglieder, weil es die Grundlage für freiwillige Kooperation und individuelle Risikobereitschaft ist, zwei wesentliche Voraussetzungen des Fortschritts. «Deshalb gilt: Mit dem Vertrauen stirbt die Freiheit, mit der Freiheit stirbt das Vertrauen»²⁰.

Schwarz arbeitet eine Reihe von Faktoren heraus, die zu dem seit Jahren erkennbaren Vertrauensschwund gegenüber der Marktwirtschaft geführt haben. Einige davon sind mehr oder weniger unvermeidliche Folgen zunehmender sozialer Kom-

plexität und fortschreitender Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen, andere hingegen gehen auf vermeidbare Fehler und Vertrauensbrüche zurück. Zu der ersten Kategorie gehören etwa die zunehmende Anonymisierung der wirtschaftlichen Austauschbeziehungen und die Beschleunigung der Marktprozesse. Zu der zweiten Kategorie gehören das individuelle Versagen von Führungskräften und Fehlsteuerungen in den Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns.

Individuelles Versagen liegt nicht nur dort vor, wo eine ins Kriminelle gesteigerte Selbstherrlichkeit und Selbstbedienungsmentalität sich Bahn bricht, was in den letzten Jahren auch viel zu häufig passiert ist. Versagen ist schon dort gegeben, wo Führungskräfte durch einen Mangel an Professionalität, persönlicher Integrität und Sensibilität Vertrauen verspielen.²¹ Dafür lassen sich viele Beispiele anführen: allen voran natürlich die Banker, deren Missmanagement die derzeitige Krise verursacht hat; die Vorstände in den Führungsetagen auch deutscher DAX-Unternehmen, bei denen die soziale Balance in Vergütungsfragen zum Teil völlig aus dem Blick geraten ist; oder auch jene Politiker, die aus einem Regierungsamt mehr oder weniger nahtlos in ein Privatunternehmen wechselten, zu dessen Vorteil sie kurz zuvor noch weitreichende Entscheidungen herbeigeführt hatten.

Dem vielfältigen menschlichen Versagen hält der Papst einen hohen moralischen Anspruch entgegen: Er fordert, dass das Wirtschaftsleben «auf das Erlangen des Gemeinwohls ausgerichtet» (CiV 36) wird. Er wirbt für einen Geist der Solidarität, was für ihn vor allem bedeutet, dass «sich alle für alle verantwortlich fühlen» (CiV 38). Und er betont, dass «die Regeln der Gerechtigkeit von Anfang an beachtet werden [müssen], während der wirtschaftliche Prozess in Gang ist, und nicht mehr danach oder parallel dazu» (CiV 37).

Aber der Papst ist kein naiver Moralist, im Gegenteil: Er erinnert daran, dass «die Erbsünde auch bei der Interpretation der sozialen Gegebenheiten und beim Aufbau der Gesellschaft zu beachten» (CiV 34) ist. Das gilt aber nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Politik. Deswegen enthält die Enzyklika keineswegs – wie manche gehofft und andere befürchtet haben – eine Verdammung des Marktes und eine Forderung nach mehr staatlicher Wirtschaftssteuerung und Interventionismus. Benedikt spricht von dem Erfordernis «einer besser ausgewogenen Rolle der staatlichen Gewalt», damit «die Staaten wieder imstande sind [...], sich den Herausforderungen der heutigen Welt zu stellen» (CiV 24). Er distanziert sich damit von libertären Minimalstaatsutopien. Aber er ist auch alles andere als ein Etatist und betont immer wieder die Rolle der Marktteilnehmer und der Zivilgesellschaft, die ihre moralische Verantwortung nicht an den Staat delegieren könnten.

Gerade die derzeitige Krise zeigt, dass ein blindes Vertrauen in den Staat tatsächlich genauso in die Irre führt wie eine naive Marktgläubigkeit. Stellt man nämlich die Frage, wieso amerikanische Hypothekenbanken überhaupt so vielen Menschen ohne sicheres Einkommen oder Eigenkapital die volle Kreditfinanzierung der eigenen Immobilie gewährt haben, dann ist ein wesentlicher Teil der Antwort, dass der Gesetzgeber und die Regierung sie zu diesem Verstoß gegen basale Klugheitsregeln des Bankgeschäfts getrieben haben. Inspiriert von der sozialphilosophischen Idee einer *property owning democracy*, wie sie auch John Rawls in seinem Spätwerk verfochten hat,²² und in dem ehrenwerten Bestreben, gesellschaftliche Diskriminierungen abzubauen, novellierte die Clinton-Administration 1995 ein Gesetz aus der Carter-Zeit, den *Community Reinvestment Act*, und übte damit einen erheblichen

Druck auf die Banken aus, auch Kunden aus benachteiligten Bevölkerungskreisen mit geringer Bonität Kredit zu gewähren. Diese Maßnahme, verbunden mit der irrationalen Spekulation auf immer weiter steigende Immobilienpreise, war der Grund, dass der Mitte der neunziger Jahre noch gar nicht existente *Subprime*-Markt so anwachsen konnte, dass er bei seinem Zusammenbruch 2007 die ganze Weltwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen konnte.²³ Zudem hat die amerikanische Zentralbank *Fed* nach den Anschlägen vom 11. September 2001 den Markt jahrelang mit billigem Geld geflutet und dadurch Fehlanreize gesetzt, die die verhängnisvolle Risiko- und Spekulationsneigung zahlreicher Marktakteure erst geweckt und befeuert haben. Hinzu kommen gravierende staatliche Versäumnisse bei der Bankenordnung.²⁴ Alles das entschuldigt nicht die oben beschriebenen gemeingefährlichen Geschäfte der Banken und anderer Marktteilnehmer. Aber das vom Papst angeordnete Bewusstsein für die verwundete, zum Bösen geneigte Natur des Menschen hätte vielleicht doch verhindern können, dass staatlich gesetzte Anreize die schlechten menschlichen Neigungen noch beflügelten.

Es ist klug und weise, dass sich der Papst in seiner Enzyklika mit Blick auf die gegenwärtige Krise detaillierter Analysen und konkreter Lösungsstrategien enthält. In einer Zeit, in der sich der Nebel der Ereignisse erst allmählich lichtet und im Grunde alle weitgehend «auf Sicht fliegen», kann niemand im Ernst vom kirchlichen Lehramt verfrühte Festlegungen erwarten. Aber das Ausmaß an Versagen, Leichtsinns, Nachlässigkeit, Fahrlässigkeit und Ignoranz auf allen gesellschaftlichen Ebenen, das die Krise von Tag zu Tag mehr offenbart, zeigt, dass eine grundsätzliche Neubestimmung, zu der der Papst mahnt, in der Tat notwendig ist. Er erinnert daran, dass der «Bereich der Wirtschaft [...] weder moralisch neutral noch von seinem Wesen her unmenschlich und antisozial [ist]. Er gehört zum Tun des Menschen und muss, gerade weil er menschlich ist, nach moralischen Gesichtspunkten strukturiert und institutionalisiert werden» (CiV 36).

Hier bietet sich eine Anknüpfungsmöglichkeit für ordnungspolitische Ansätze. Ein moralischer Grundsatz etwa, dessen grobe Missachtung in der Krise deutlich wird und der dringend wieder in der Wirtschaftsordnung gestärkt werden muss, ist jener, dass derjenige, der einen Schaden angerichtet hat, dafür auch haften muss. Diejenigen, die als kurzfristig agierende Großanleger, als Investmentbanker und als Vorstände das konservative Prinzip nachhaltiger Geschäftsführung missachtet und risikoreiche Strategien verfolgt haben, wurden an den dadurch erwirtschafteten hohen Gewinnen jahrelang fürstlich beteiligt. Jetzt, wo sich die Risiken aktualisiert haben, tragen aber nicht sie die Folgen – können das aufgrund der geringen Eigenkapitalbasis, auf der sie ihre Geschäfte betrieben haben, auch gar nicht – sondern die Allgemeinheit. Nach Walter Eucken (1891-1950), dem Freiburger Vordenker der Ordnungspolitik, ist die Haftung eines der konstituierenden Prinzipien einer funktionierenden Wettbewerbsordnung. Haftung bewirkt, dass «die Disposition des Kapitals vorsichtig erfolgt. Investitionen werden umso sorgfältiger gemacht, je mehr der Verantwortliche für diese Investitionen haftet. Die Haftung wirkt insofern also prophylaktisch gegen eine Verschleuderung von Kapital und zwingt dazu, die Märkte vorsichtig abzutasten»²⁵. Die Finanzmarktkrise kann sozusagen als eindrucksvoller Beleg *ex negativo* für diese Position Euckens betrachtet werden.

Eine andere moralische Größe, deren Bedeutung der Papst, wie gesagt, eigens hervorhebt, ist die des Vertrauens. Das in der Krise verlorengegangene Vertrauen

in die gesellschaftlichen Eliten kann nicht einfach ordnungspolitisch wiederhergestellt werden; das bleibt eine Aufgabe der handelnden Personen. Aber Ordnungspolitik kann und muss sich bemühen, das zu erneuern, was Niklas Luhmann «Systemvertrauen»²⁶ genannt hat. Dazu gehört beispielsweise und vor allem eine Geld- und Zinspolitik, die sich am Ziel der Währungsstabilität orientiert. «Der einzelne muß davon ausgehen können, daß er mit dem Geldsymbol auch wirklich die Möglichkeiten in der Hand hält, die es verspricht»²⁷, wenn eine marktliche Wettbewerbsordnung funktionieren soll.

Der Papst hat keinen ordnungspolitischen Traktat verfasst und wollte das auch nicht. Aber gerade ordnungspolitische Konzeptionen finden vielfältige Anknüpfungspunkte in der Enzyklika, etwa auch dort, wo von der Notwendigkeit «einer echten politischen Weltautorität» die Rede ist. Darunter versteht der Heilige Vater «eine übergeordnete Stufe internationaler Ordnung von subsidiärer Art» (CiV 67), die der Globalisierung einen rechtlichen, sanktionsbewehrten Rahmen geben soll. Eine solche subsidiäre «Weltordnungspolitik» schlägt auch Hans-Werner Sinn mit Blick auf das Finanzsystem vor.²⁸

Der Papst selbst liefert keine Konkretisierung seines Vorschlages. Hier sieht er nicht seine Aufgabe, denn die «Kirche hat keine technischen Lösungen anzubieten und beansprucht keineswegs, «sich in die staatlichen Belange einzumischen»» (CiV 9). Er mahnt stattdessen immer wieder, dass jene, die gerade in der Krise aus dem Blick zu geraten drohen, nicht vergessen werden dürfen: die Armen dieser Welt. Eindringlich betont er die «dringende moralische Notwendigkeit einer erneuerten Solidarität, besonders in den Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den hochindustrialisierten Ländern» (CiV 49). Er denkt hier nicht an Almosen, sondern an die Eröffnung wirklicher Entwicklungschancen. Dass er vor dem Denken und Sprechen in marktlichen Kategorien nicht zurückschreckt, wird sehr deutlich, wenn er sagt, dass «der Weg der Solidarisierung mit den armen Ländern ein Projekt zur Lösung der augenblicklichen weltweiten Krise darstellen kann» (CiV 27).

Wie die ganze Welt achtet Papst Benedikt XVI. auch den Markt als «Spielraum der Freiheit», die aber als geschöpfliche, von Gott geschenkte Freiheit immer beanspruchte Freiheit ist, die an den Menschen appelliert, «an sein moralisches Gewissen und an seine persönliche und soziale Verantwortung» (CiV 36). Mit seiner Enzyklika erinnert er daran, dass «jede wirtschaftliche Entscheidung eine moralische Konsequenz» (CiV 37) hat. Deswegen wirbt er dafür und fordert im Namen Christi, dass auch die Freiheit auf dem Markt im Geist der Liebe und der Wahrheit wahrgenommen wird.

ANMERKUNGEN

¹ M. DROBINSKI, *Der weltfremde Papst*, in: Süddeutsche Zeitung vom 8. Juli.2009.

² W. RÖPKE, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1958.

³ W. RÖPKE, *Ethik und Wirtschaftsleben*, in: W. STÜTZEL u.a. (Hg.), *Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft*, Stuttgart-New York 1981, 439-450, hier 448.

⁴ Vgl. E.-W. BÖCKENFÖRDE, *Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation*, in: DERS., *Kirche und christlicher Glaube in den Herausforderungen der Zeit. Beiträge zur politisch-theologischen Verfassungsgeschichte 1957-2002*, Berlin 2007, 213-230, hier 229.

⁵ J. RATZINGER, *Was die Welt zusammenhält. Vorpolitische Grundlagen eines freiheitlichen Staates*, in: DERS., *Werte in Zeiten des Umbruchs. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen*, Freiburg i.Br. 2005, 28-40, hier 35.

⁶ Ebd., 38.

⁷ Vgl. M. SCHULZ, *Kreatürliche Vernunft. Zum Vernunftverständnis von Papst Benedikt XVI.*, in: G.K. HASSELHOFF/M. MEYER-BLANCK, *Religion und Rationalität*, Würzburg 2008, 15-42.

⁸ J. RATZINGER, *Einführung in das Christentum*, München ⁶1990, 119.

⁹ J. RATZINGER (Anm. 5), 39.

¹⁰ Siehe dazu und zum Folgenden H. JOAS, *Braucht der Mensch Religion? Über Erfahrungen der Selbsttranszendenz*, Freiburg-Basel-Wien ²2007, 134ff.

¹¹ Ebd., 9.

¹² Vgl. J. RATZINGER (Anm. 5), 36 u. 39f.

¹³ J. RATZINGER (Anm. 8), 121.

¹⁴ Ebd., 123.

¹⁵ J. RATZINGER (Anm. 5), 36.

¹⁶ Vgl. H.-W. SINN, *Kasino-Kapitalismus. Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist*, Berlin 2009, 134f.

¹⁷ Vgl. ebd., 136f. u. 199ff.

¹⁸ Vgl. ebd., 15f.

¹⁹ G. SCHWARZ, *Vertrauensschwund in der Marktwirtschaft* (Arbeitspapiere des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Nr. 63), Münster 2007, 5.

²⁰ Ebd., 6.

²¹ Vgl. ebd., 10.

²² Siehe dazu J. RAWLS, *Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf*, Frankfurt a.M. 2006, 211ff.

²³ Vgl. SINN (Anm. 16), 116ff.; T. SOWELL, *The Housing Boom and Bust*, New York 2009, 36ff.

²⁴ Vgl. A. SCHÜLLER, *Liberale Ordnungspolitik – eine Notwendigkeit ohne Alternative. Ordnungswirtschaftliche Gedanken aus Anlass der Bankenkrise*, in: ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 59 (2008), IX-XVII, hier: XII f.

²⁵ W. EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Tübingen ⁷2004, 280.

²⁶ N. LUHMANN, *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, Stuttgart ²1973, 50.

²⁷ Ebd., 53; siehe hierzu aus ordnungspolitischer Sicht EUCKEN (Anm. 25), 254ff.

²⁸ Vgl. SINN (Anm. 16), 294f.